



## Pressespiegel zur Asylpolitik vom 29. November 2016

Erstellt von Mark Gärtner  
gaertner@sprev.de

### Geschehenes – Kurzmeldungen:

#### *Blick nach Europa und die Welt*

- Ein unterernährter Mann von 18 Jahren erfriert in Bulgarien, Europa. Er war auf der Flucht.  
<http://www.zeit.de/news/2016-11/22/bulgarien-afghanischer-fluechtling-in-bulgarien-erfrozen-22180835> (22.11.16)
- Neben Aleppo sind es 15 weitere Städte oder Gebiete, die in Syrien belagert sind, insgesamt sind eine Million Menschen betroffen. Paul-Anton Krüger spricht in der SZ vom Zivilisationsbruch der sich vor den Augen der Welt vollziehe. In Ost-Aleppo hat das syrische Regime wichtige Stadtteile einnehmen und Gebiete der Rebellen voneinander trennen können, Berichten zufolge steht die Eroberung der gesamten Stadt bevor.  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/syrien-in-aleppo-steht-ein-monstroeser-zivilisationsbruch-bevor-1.3269793> (28.11.16)
- Im Lager Moria auf der griechischen Insel Lesbos kommt es erneut zu Aufständen und Brandlegung durch Fliehende. Auslöser war wohl, dass eine 66-Jahre alte Frau eine Gasexplosion auslöste und in den beengten Räumen in Moria auf das Nebenzelt übergriff wo sich ihr Enkel sowie weitere Familienmitglieder aufhielten. Der Enkel verstarb, ebenso seine Großmutter. Im Lager Harmanli in Bulgarien wurde ein Ausgehverbot für die sich dort befindlichen Fliehenden ausgesprochen, daraufhin kam es zu Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften. Die Reaktion des bulgarischen Staates sieht die „Isolierung“ von 1.000 dort Lebenden vor sowie deren baldige Ausweisung. In dem Lager sind bisher etwa 3.000 Menschen untergebracht. Etwa 13.000 fliehende Menschen sitzen momentan in Bulgarien fest.  
<https://www.taz.de/Archiv-Suche!/5360591&s=Fl%C3%BCchtling/> (25.11.16)
- Das EU-Parlament forderte am vergangenen Donnerstag mit großer Mehrheit, dass die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auf Grund der erodierenden Menschenrechtssituation abgebrochen werden. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan kündigt daraufhin erneut an, das Abkommen mit der EU scheitern zu lassen und die sich in der Türkei befindlichen Fliehenden nicht am Weiterkommen zu hindern.  
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-11/eu-tuerkei-abkommen-fluechtlinge-recep-tayyip-erdogan-drohung> (25.11.16)
- Am Sonntag findet die Nachwahl zum Bundespräsidenten in Österreich statt, ein weiterer Nationalist könnte das höchste Amt in einer repräsentativen Demokratie erlangen.

<http://www.dw.com/de/pr%C3%A4sidentschaftskandidaten-in-%C3%B6sterreich-steiten-%C3%BCber-%C3%BCber-deutsche-fl%C3%BCchtlingspolitik/a-36547638> (28.11.16)

### *Bund, Land, Kommune*

- Immer mehr Geflüchtete syrischer Staatsbürgerschaft erhalten lediglich den subsidiären Schutz – wenn also eine allgemeine Bedrohungslage im Herkunftsland vorherrscht und eine Verfolgung nicht gegeben ist. Das syrische Regime verhört und verfolgt allerdings Menschen, die aus dem Land geflohen sind und Asyl beantragt haben. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf sah es vergangene Woche als erwiesen an, dass einem 18-jährigen Folter bei der Rückkehr nach Syrien drohe und sprach ihm den Flüchtlingsstatus nach Genfer Konvention zu. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ging in Berufung beim Oberverwaltungsgericht Münster – so wie es das auch im Falle einer Frau syrischer Staatsbürgerschaft in derselben Lage tat. Hier urteilte, ebenso vergangene Woche, das Oberverwaltungsgericht Schleswig, dass die Frau keinen Anspruch auf den Flüchtlingsstatus habe. Sie hatte den im deutschen Asylrecht als offenbar unverzeihlich verstandenen Fehler begangen, nicht alle Fluchtgründe in der einen, oftmals retraumatisierend wirkenden Anhörung beim BAMF aufgezählt zu haben. Für sie als Mensch mit subsidiären Schutz bedeutet dies nun, dass sie ihre Familie für zwei Jahre nicht nachholen kann.  
<http://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/syrer-verwaltungsgericht-100.html> (22.11.16)  
<http://www.taz.de/!5356460/> (23.11.16)
- Der Bundesroma-Verband fordert erneut ein Bleiberecht für die Angehörigen der Rom\*ija. Durch das Konzept der „Sicheren Herkunftsstaaten“ wird ihnen jegliche Chance auf ein faires Asylverfahren verwehrt.  
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article159676158/Verband-fordert-Abschiebestopp-fuer-Roma.html> (22.11.16)
- Am vergangenen Freitag hörten die Mitglieder des Innenausschusses im Sächsischen Landtag vier Sachverständige zum Sächsischen Ausreisegewahrsamsvollzugsgesetz an. Neben dem Sächsischen Flüchtlingsrat kritisierte auch der Jesuiten-Flüchtlingsdienst das Gesetz von Grund auf. Die Inhaftierung Schutzsuchender, die keine Straftat begangen haben, wurde als mehrfacher Rechtsbruch beschrieben. Kritik kommt ebenso von den Parteien Die Linke und Bündnis90/ Die Grünen. Das Gesetz hat als Regierungsentwurf von CDU und SPD gute Chancen, den Landtag im kommenden Jahr zu passieren. Nach Angaben von Innenminister Markus Ulbig soll der Ausreisegewahrsam im zweiten Halbjahr 2017 vollzogen werden. Der SFR appellierte an die Abgeordneten des Landtags, das Gesetz abzulehnen, den Appell findet ihr [hier](#).  
<http://www.lvz.de/Mitteldeutschland/News/Ausreisegewahrsam-in-Sachsen-Einrichtung-noch-nicht-fertig> (25.11.16)
- Der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl fordert noch mehr Härte gegen abgelehnte Asylsuchende, dabei sollen Krankheiten als gesundheitliche Abschiebehindernisse eine noch geringere Rolle spielen – was verwundert, denn der entsprechende Paragraph im Aufenthaltsgesetz lässt heute schon die Abschiebung schwer Kranker zu (siehe Artikel der *Frankfurter Rundschau* unter „Hintergrund und Meinung“). Weiterhin möchte Strobl „Rückführungszentren“ in Ägypten und Tunesien sowie die „Rückführung“ von auf dem Mittelmeer Aufgegriffenen in die nordafrikanischen Staaten. Die SPD bezeichnet den Vorschlag als Populismus.  
<http://www.tagesspiegel.de/politik/abgelehnte-asylbewerber-cdu-vize-strobl-will-abschiebepaxis-verschaerfen/14901340.html> (28.11.16)  
<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/strengere-asylpolitik-spd-haelt-cdu-vorstoss-fuer-populismus/14902144.html> (28.11.16)

- Im Februar diesen Jahres brennt der damals als Geflüchtetenlager vorgesehene „Husarenhof“ in Bautzen. Zwei der drei Männer, die die Lösch- und Sicherungsarbeiten von Feuerwehr und Polizei behinderten und störten, sind jetzt zu Haftstrafen ohne Bewährung verurteilt worden. Der Dritte erschien nicht zur Verhandlung am Amtsgericht, gegen ihn wurde Haftbefehl erlassen. Die Ermittlungen zur Brandursache laufen noch, Polizei, Operatives Abwehrzentrum und Generalstaatsanwaltschaft gehen von Brandstiftung aus. <http://www.mdr.de/sachsen/stoerer-brand-husarenhof-verurteilt-100.html> (28.11.16)

## Hintergrund und Meinung

- Einen Jungen mit lebensbedrohlicher Epilepsie droht die Abschiebung in seinen „Sicheren Herkunftsstaat“ Kosovo. Zahlreiche fachärztliche Dokumente und ein Schreiben seines Arztes aus Pristina, dass die Krankheit dort nicht behandelt werden könne, hält die zuständige Ausländerbehörde für nicht relevant und setzt die Abschiebung nicht aus. Auch dass sein Vater kaum laufen kann und die Mutter Krebs hat, lässt die Beamt\*innen nicht erweichen. Alexander Ceh, Mitglied in einem örtlichen Integrationsbeirat, berät Geflüchtete aus dem Westbalkan in Lagen wie dieser. Er kann von mehreren Fällen berichten, in denen Ausländerbehörden die Abschiebungen trotz ärztlicher Atteste vollzogen. PRO ASYL meint, es brauche hieb- und stichfeste, detaillierte Atteste und eine\*n fachkundige\*n Anwältin oder Anwalt.
- <http://www.fr-online.de/flucht-und-zuwanderung/asyl--behoerden-schieben-schwer-krank-fluechtlinge-ab-,24931854,34951270.html> (20.11.16)
- Hart realpolitisch kommentiert Christiane Schlötzer in der *SZ*, dass sich die EU nicht wegen Erdogans Drohungen sorgen brauche. Sollte die Türkei den Deal mit der EU brechen, würden die Fliehenden so oder so auf den griechischen Inseln oder an den Zäunen zur mazedonischen Grenze unter unmenschlichen Bedingungen verbleiben – und sie wüssten das. Dass plötzlich die EU-Mitgliedsstaaten Solidarität mit dem ärmsten Mitglied üben würden, sei sowieso nicht zu erwarten. Insofern hat die EU minus Griechenland es bereits geschafft. <http://www.sueddeutsche.de/politik/tuerkei-europa-kann-erdoans-drohung-gelassen-sehen-1.3266613> (25.11.16)
- Die 630 Anfragen der AfD im Sächsischen Landtag zum öffentlichen Rundfunk waren tatsächlich sehr unterhaltsam, ebenso die Frage nach einer Vergewaltigung in einem nicht existenten Park. Peter Weissenburger von der *taz* warnt aber vor solcher Häme. Es sei das Kalkül der Partei, gewisse Themen oder Bilder durch die unsinnigsten Anlässe auf der Tagesordnung zu halten. Den Anhänger\*innen der Partei sei der Wahrheitsgehalt eh egal. <http://www.taz.de/NULL/!5360613/> (25.11.16)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.  
Dammweg 5  
01097 Dresden  
E-Mail: [info@saechsischerfluechtlingsrat.de](mailto:info@saechsischerfluechtlingsrat.de)

Refugee Law Clinic Leipzig  
Burgstraße 27  
04109 Leipzig  
Email: [refugeelawclinic@uni-leipzig.de](mailto:refugeelawclinic@uni-leipzig.de)

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

**PRO ASYL**  
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 UNO-Flüchtlingshilfe